

AMPULS

Zeitschrift für Gesundheits- und Sozialbetreuungsberufe

noe.arbeiterkammer.at/ampuls

Studierende erarbeiten BERUFS- GESETZ

WEITERE THEMEN DIESER AUSGABE:

AKUT-NOTFALL PFLEGE:

Gemeinsame Resolution von nö. Pflegeorganisationen – Seite 6

STATEMENT:

AK Niederösterreich zum gelb-blauen Pflegepaket – Seite 8

IM GESPRÄCH:

Thomas Mörth, Vorsitzender der ÖGKV Bundesarbeitsgemeinschaft der Direktor*innen an Schulen für Gesundheits- und Krankenpflege – Seite 9

*Da es nach wie vor an einem bundeseinheitlichen Berufsgesetz für Soziale Arbeit fehlt, läuft an der FH St. Pölten seit September 2021 ein Studierenden-Projekt, um ein entsprechendes Gesetz zu erarbeiten. Neun Student*innen, darunter Katharina Twertek, erforschen und schreiben ihre Masterarbeiten über ein Sozialarbeiter*innenberufsgesetz.*

Näheres darüber auf den Seiten 2 + 3



WIR BRAUCHEN

ein
**Sozialarbeiter*innen-
Berufsgesetz**

*Da sich derzeit jede Person ohne entsprechende Ausbildung „Sozialarbeiter*in“ nennen darf, braucht es einen Schutz für Klient*innen und Patient*innen, der ihnen gewährleistet, von Personen unterstützt und beraten zu werden, die auch tatsächlich eine entsprechende Qualifikation erworben haben. Deshalb läuft nun ein Studierenden-Projekt an der FH St. Pölten zur Realisierung eines Berufsgesetzes für Sozialarbeiter*innen in Österreich.*

Sozialarbeiter*innen sind Pionier*innen im Bereich der Methodenentwicklung. So wurden z.B. Case- und Caremanagement, psychosoziale Krisenintervention, telefonische Hilfeberatung, Supervision und Validation in weiten Teilen von Sozialarbeiter*innen entwickelt und der Praxis zur Verfügung gestellt. Diese Methoden wurden wegen ihrer Feldtauglichkeit auch von benachbarten Profes-

sionen übernommen. „Für einige der Methoden wurden aber durch standespolitisch gut organisierte Gruppen bzw. deren wirtschaftliche Interessensvertretungen über einen längeren Zeitraum hinweg diese Methoden monopolisiert“, so FH-Prof. DSA Mag. (FH) Dr.PhDr. Christoph Redelsteiner, Studiengangsleiter Master Soziale Arbeit an der FH St. Pölten. „Die Ausprägungen dafür reichen von Festschreibungen

von Tätigkeiten in Berufsgesetzen für staatlich anerkannte Gesundheitsberufe bis zu Anbindungen von Tätigkeiten über Gewerbescheine. Nun versuchen manche Gruppierungen diese Arbeiten exklusiv für sich zu beanspruchen. Unser Projekt möchte, dass Sozialarbeiter*innen entsprechend gesetzlich legitimiert werden, jene Methoden, für die sie ausgebildet wurden, auch anzuwenden. Weiters braucht es



Foto: Florian Stix

z.B. eine Registrierung, Regeln für Fort- und Weiterbildungen und wie Berufsberechtigungen ggfs. entzogen werden.“

Seit September 2021 läuft das Studierenden-Projekt und wird von Dr. Johanna Hefel, Präsidentin der Österreichischen Gesellschaft für Soziale Arbeit (www.ogsa.at), Mag. (FH) Marco Uhl, Vorsitzender des Österreichischen Berufsverbandes der Sozialen Arbeit (www.obds.at) und Christoph Redelsteiner, begleitet. Neun Student*innen schreiben ihre Masterarbeiten zu diesem Thema. „Im Detail erforscht das Projekt den Stand an Berufsgesetzen und Sozialarbeitsgesetzen innerhalb Europas und betrachtet ausgewählte internationale Modelle“, so Marco Uhl. „Eine Berufs-gesetzvariante wird entwickelt, mit Interessensgruppen rückgekoppelt und positive und negative Auswirkungen des Gesetzes erarbeitet. Das Ergebnis wird dann den politisch Verantwortlichen übermittelt. Das Gesetz ist im aktuellen Regierungsprogramm vorgesehen - wir hoffen da einen Beitrag zur Umsetzung leisten zu können,“ meint Johanna Hefel.

„EIN BERUFGESETZ KÖNNTE UNS ABSICHERN“

Projektmitarbeiterin Katharina Twertek, BA absolvierte ihren Bachelor in Vollzeit und studiert nun den Master berufsbegleitend. Sie arbeitet in der Beratung von langzeitarbeitslosen Menschen. Weshalb sie ein Berufsgesetz für unerlässlich hält, erklärt sie so: „Die Soziale Arbeit leistet einen fundamentalen Beitrag für eine funktionierende Gesellschaft, zu der alle Menschen gehören. Als junge Sozialarbeiterin möchte ich diesen Beitrag auch noch in Zukunft leisten können, ohne fürchten zu müssen, dass meine Profession untergraben, abgebaut oder ausgegrenzt wird. Ein Berufsgesetz könnte uns und unser Tun absichern und auch die Zusammenarbeit mit anderen Professionen unterstützen.“ ■ DSH



INFORMATION

» Sozialarbeiter*innen sind in vielen Bereichen wie etwa der Kinder- und Jugendwohlfahrt, der Bewährungshilfe, in Primärversorgungseinrichtungen, Krankenhäusern und Rehabilitationseinrichtungen, in der Krisenintervention und in den Sozialreferaten von Behörden beschäftigt. Sie sind zudem bei humanitären sowie sozialen Hilfsorganisationen, in Gewaltschutzzentren, in der Frauen- und Männerberatung sowie in Frauenhäusern tätig.

» Die Ausbildung ist nun seit mehr als 20 Jahren ein Fachhochschulstudium – ursprünglich mit Magister, nun mit Bachelor und Masterabschluss.

» Derzeit studieren rund 2.000 Personen österreichweit Sozialarbeit.

» Rund 2.000 Bewerber*innen müssen mangels geförderter Studienplätze abgewiesen werden.

Sie wären dringend für die Abfederung der bevorstehenden Pensionierungswelle erforderlich. Viele davon könnten in klassischen sozialarbeiterischen Bereichen wie Community Care und Entlassungsmanagement das Gesundheitswesen entlasten.

(Quelle: FH-Prof. DSA Mag (FH) Dr.PhDr. Christoph Redelsteiner)

TIPP

Einstündige Radiosendung zum Thema anlässlich des World Social Work Day zum Nachhören:



[https://
cba.fro.at/54709](https://cba.fro.at/54709)

EDITORIAL

Liebe Leserin, lieber Leser,

die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Krankenhäusern, den Pflegeeinrichtungen und mobilen Betreuungsdiensten zählen zu den wahren Leistungsträger*innen und stehen nicht erst seit der Corona-Pandemie in unentwegtem Einsatz. Einmal mehr sind die Verantwortlichen in der Politik daher gefordert, dem zunehmenden Personalmangel endlich zukunftsfähige Lösungen entgegenzusetzen. Gesundheit und Pflege sind ein maßgeblicher Eckpfeiler für die Versorgungssicherheit. Es ist wichtiger denn je, in das Gesundheitssystem zu investieren, um auch in Zukunft für alle Fälle gerüstet zu sein.

Eine zusätzliche Gefahr für die Pflegeversorgung bringt das Auslaufen der dreijährigen Ausbildung an Pflegeschulen. Wenn die Ausbildungsplätze nicht ersetzt werden, wird sich der Personalmangel noch weiter verschärfen. Ein Einkommen während der Ausbildung - analog der Bezahlung von Polizeischüler*innen - in der Höhe von 1.700 Euro, ist eine weitere notwendige Voraussetzung, um mehr Menschen für den Pflegeberuf zu gewinnen. Generell sind höhere Gehälter, bessere Arbeitsbedingungen und ein adäquater Personalschlüssel erforderlich.

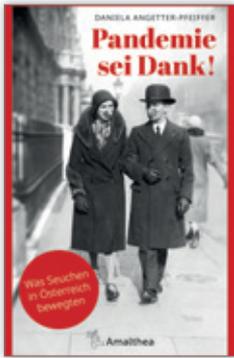
Dass wir mit unseren Schwerpunkten und Forderungen absolut richtig liegen, hat auch die jüngste Haushaltsbefragung des Landes Niederösterreich bestätigt. Gesundheitsversorgung und Pflege sind für die Menschen in Niederösterreich dringlichste Themen, für die das Land Antworten finden muss. Arbeiterkammer und ÖGB haben ihre Lösungsvorschläge zur Absicherung und Ausbau des Gesundheitssystems definiert und den Verantwortlichen übermittelt. Nachhaltige Verbesserungen ganz im Sinne unserer "3V" -Veränderung der Arbeitswelt, Verteilungsgerechtigkeit und Versorgungssicherheit sind wichtiger denn je.

Dein

MARKUS WIESER

AK Niederösterreich-Präsident
ÖGB Niederösterreich-Vorsitzender

Für Sie gelesen:



PANDEMIE SEI DANK!

Der weise biblische König Salomo hat's schon gesagt: Es gibt nichts Neues unter der Sonne. Die Lektüre dieses Buches zu den Ängsten der Menschen vor Erkrankung, den medizinischen und sanitäts-politischen Bewältigungsstrategien des Mittelalters bzw. der frühen Neuzeit verfestigt bei den Leser*innen die vorgenannte königliche Einschätzung. Die Autorin spannt hier einen praktischen Bogen der Zuversicht vom „lieben Augustin“, der einst einen Sturz in eine Pestgrube ohne Infektion überlebt haben soll, zu unserer Zeit mit der Empfehlung, uns darauf einzustellen, dass wir lernen müssen, auch mit diesem (SARS-COV2) Virus umzugehen. Sie schließt mit dem Gedanken, dass auf Pandemien Fortschritte folgen werden – sowohl in medizinischer Hinsicht in Diagnostik und Therapie, aber auch in technologischer Hinsicht, etwa bei Homeoffice und Homeschooling. Die historischen Darstellungen sind faszinierend, da ist die Autorin sichtlich zuhause. Die knappen Ausblicke in die Zukunft hingegen reizen doch hier und dort zum Widerspruch – aber sehen Sie doch selbst! ■ BR

BUCHTIPP

Pandemie sei Dank!
Autorin: Daniela Angetter-Pfeiffer.
256 Seiten.
ISBN 978-3-99050-212-9.
Amalthea Signum Verlag.

Das Team des
UK St. Pölten: v.l.n.r.:
Gerda Schilcher (Vors. Stv.),
Roland Scheuch (Vors. Stv.),
Wolfgang Schrefl (Vors.) und
Sabine Taborsky (Vors.).



Foto: Dürr

DAS PERSONAL HAT GEWÄHLT

Gleich an zwei niederösterreichischen Kliniken fanden Ende April Betriebsratswahlen statt.

Vom 26. bis 28. April ging die Wahl am UK St. Pölten über die Bühne. Die Wahlbeteiligung betrug 35%. Von den 1.225 abgegebenen Stimmen bei den Angestellten entfielen 951 bzw. 17 Mandate auf die Liste Wolfgang Schrefl — FSG und Unabhängige. Schrefl beginnt nun seine fünfte Periode als Betriebsratsvorsitzender der Angestellten, seine

Stellvertreter*innen sind Gerda Schilcher und Roland Scheuch. Das Team des ÖAAB/FCG erhielt 274 Stimmen bzw. 3 Mandate. Bei den Arbeitern gab es 216 abgegebene Stimmen. 179 davon entfielen auf die FSG, die nun bei 6 Mandaten hält. Betriebsratsvorsitzende ist somit Sabine Taborsky. Auf den ÖAAB/FCG entfielen 37 Stimmen bzw. 1 Mandat.



Foto: Te4am

Das Team des LK Amstetten: v.l.n.r.:
Walter Kloimwieder, Michael Grabner, Simone Grabenschweiger, Andreas Haider, Peter Schwandl (Vors. Stv.),
Dr. Harald Schmied, Margit Huber (Vors.), Roman Stingl, Ursula Kurzmann,
Gisela Graf und Andreas Hohlbein (Vors. Stv.).

Auch am LK Amstetten wurden am 26. und 27. April Betriebsratswahlen abgehalten. Die Wahlbeteiligung betrug 60,14%. Von den 792 abgegebenen Stimmen entfielen 699 bzw. 13 Mandate auf das „Team Huber, Hohlbein, Maischberger, Kloimwieder“ — FSG und Un-

abhängige. 84 abgegebene Stimmen bzw. 1 Mandat sicherte sich Claudia Weinbrenner und ihr Team (ÖAAB/FCG). Somit beginnt Margit Huber ihre sechste Periode als Betriebsratsvorsitzende, ihre Stellvertreter sind Peter Schwandl, Andreas Hohlbein und Elke Maischberger. ■ DSH

WHISTLEBLOWING IM GESUNDHEITSWESEN

Dass erst was passiert, wenn was passiert ist, ist eindeutig zu spät. Gute Whistleblowing-Regelungen sind als „Primärprävention“ im Gesundheits- und Pflegebereich notwendig!

Mitarbeiter*innen von Krankenhäusern, die wegen Überlastung der Kollegenschaft Gefährdungsanzeigen an die Führungsebene übermitteln, kriegen zwar nicht mehr Personal aber dafür persönliche Schwierigkeiten im Job und einen Maulkorb verpasst. Mitarbeiter*innen in Pflegeheimen, die nach vergeblichen Internen Meldungen von Pflegemängeln oder Vernachlässigung, Andeutungen darüber gegenüber regionalen Medien machen, werden von den Arbeitgeber*innen mit Disziplinarmaßnahmen und Entlassung bedroht. Gemäß der EU-Whistleblowing-Richtlinie (RL 2019/1937) hätte Österreich auf Bundes- und Landesebene bis 17.

Dezember 2021 entsprechende gesetzliche Regelungen zum Schutz von Hinweisgeber*innen erlassen müssen. Geschehen ist diesbezüglich bislang nichts, bzw. nichts Nützliches für den Schutz von Patient*innen oder Pflegeheimbewohner*innen. Dabei kam ein wesentlicher Anstoß für die EU, das Thema Whistleblowing aufzugreifen, aus dem Gesundheits- und Pflegebereich, genauer gesagt vom Fall Heinisch vs. Bundesrepublik Deutschland, der 2011 vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) verhandelt wurde. Anlass zu diesem Verfahren war, dass die Altenpflegerin Brigitte Heinisch Anfang 2005 von ihrem Arbeitgeber, dem lan-



deseigenen Berliner Konzern Vivantes, fristlos gekündigt wurde, weil sie im Dezember 2004 eine Strafanzeige gegen Vivantes wegen Verdachts auf Betrug und weitere Straftaten gestellt hatte. Hintergrund war die Besorgnis von Heinisch um erhebliche Personal- und Qualitätsmängel in der Pflege, auf die sie zuvor mehrfach intern erfolglos hingewiesen hatte.

Fragen Sie besser nicht nach, wie die Geschichte für Frau Heinisch ausgegangen ist... ■ BR



IHR RECHT IM FOKUS

Der Arbeitsrechts-Tipp von AK-Arbeitsrechtsexperte Dr. Gerald Alfons

Hilfe, ich werde schikaniert!

MARIA U., PFLEGEASSISTENTIN: Wir betreuen in unserem Heim seit Jahren eine alte Frau Hofrat, über neunzig, eine nette alte Dame. Immer wenn ihre Kinder oder Schwiegerkinder zu Besuch kommen, wird es für mich hart. Sie meckern ständig mit mir herum und weisen mich zurecht, ich kann ihnen nichts recht machen. Wehre ich mich, werde ich unflätig beschimpft. Ich kann mir gegen diese Leute einfach nicht helfen.

DR. GERALD ALFONS: Es gibt mehrere Rechtsbehelfe, aber man sollte das richtige und angemessene Mittel wählen. Zunächst sollte an die sogenannte Fürsorgepflicht des Arbeitgebers appelliert werden: Sind Sie seitens der Angehörigen laufend Demütigungen oder gar Gewalt ausgesetzt, muss er das so rasch es geht abstellen. Im Rahmen des sogenannten Hausrechts kann er die Angehörigen ermahnen, das Besuchsrecht einschränken und als Ultima Ratio könnte sogar der Heimvertrag gekündigt werden (aber nur nach einer differenzierenden Beurteilung, da die Frau Hofrat für das Verhalten ihrer Angehörigen i.d.R. nicht verantwortlich sein wird). Ihr Dienstgeber sollte das Personal verstärken und kann eine Supervision einrichten. Dokumentieren Sie die Vorfälle, holen Sie

möglichst alle betroffenen Kolleg*innen und den Betriebsrat mit ins Boot. Reden Sie mit Ihrem Vorgesetzten, verschriftlichen Sie Ihren Hilferuf in Form einer Überlastungs-, Gefährdungs- oder Strukturmangelanzeige – wir helfen dabei gerne. Nur wenn der Dienstgeber seine Fürsorgepflicht beharrlich vernachlässigt, ist ein sogenannter berechtigter vorzeitiger Austritt Ihrerseits (fristlos) zu erwägen, aber bitte nur nach eingehender Beratung durch Betriebsrat, AK oder Gewerkschaft, es kann dabei viel schiefgehen. Eine ganz andere Möglichkeit wäre letztlich ein straf- oder allenfalls zivilrechtliches Vorgehen gegen die Angehörigen selbst – etwa eine Privatanklage wegen Beleidigung, wenn andere die Angriffe mitbekommen haben. Sie sind beweispflichtig.



AKUT-NOTFALL PFLEGE

Elf niederösterreichische Pflegeorganisationen haben im Februar eine gemeinsame Resolution verfasst und an die politisch Verantwortlichen gesandt. Grund dafür: Die derzeitige Situation in den Bereichen Gesundheit, Soziales, Pflege und Betreuung (GSPB) ist mehr als prekär. Enorme Arbeitsbelastung, schlechte Bezahlung und fehlende Wertschätzung sind nur einige Gründe dafür, die dringenden Handlungsbedarf erfordern.

Die körperlichen und psychischen Belastungen der Beschäftigten in den Bereichen Gesundheit, Soziales, Pflege und Betreuung haben mittlerweile die rote Linie weit überschritten, heißt es in der Resolution u.a. der Betriebsratsvorsitzenden der Volkshilfe NÖ/Service Mensch GmbH, der Caritas St. Pölten sowie des NÖ Hilfswerks und der Psychosoziale Zentren gGmbH. Viele Beschäftigte in diesen Bereichen würden nicht mehr nur ans Aufhören denken, sondern verlassen bereits die Unternehmen. „Nachdem die Arbeitsbedingungen jetzt schon länger und durch die Pandemie verschärft, wirklich gefährlich sind, wollten wir mit einer klaren Botschaft an die Öffentlichkeit gehen,“ so Stefan Taibl, BRV der Psychosoziale Zentren gGmbH (PSZ), gegenüber der AM PULS. „Gefährlich

bedeutet sowohl gesundheitsgefährdend für die Kolleg*innen, aber auch für die Menschen, die aufgrund des Personalmangels nur unzureichend Unterstützung finden oder auf einer Warteliste landen.“

HIN-UND-HER DER ZUSTÄNDIGKEIT

Haben die Verantwortlichen, was diesbezügliche Entscheidungen betrifft, gar zu lange „geschlafen“? „Das muss man wohl so sagen“, meint Stefan Taibl. „Und sie schlafen wohl noch immer! Das Land Niederösterreich hat unbestritten viel für GSPB-Bereiche getan und auch viel Geld in die Hand genommen, aber zu wenig in Sachen Personal und Arbeitsbedingungen. Offene Stellen sind monatelang nicht nachbesetzbar. Die Kolleg*innen sind über dem Limit, sie können nicht mehr. Sie brechen uns weg, nicht weil

sie nicht wollen, sondern weil sie nicht mehr können.“ Das ständige Hin-und-Her der politisch Verantwortlichen bezüglich Zuständigkeit würde das Problem mit Sicherheit nicht lösen, meint Stefan Taibl. „Landesrätin Christiane Teschl-Hofmeister hat im ORF-Interview gemeint, der Bund ist zuständig, wobei es hier aber um Agenden und Budget auf Landesebene geht. Der Bund sagt wiederum, ohne Länder geht nichts. Die Politik nimmt dadurch ihre Verantwortung nicht wahr, einer schiebt es auf den anderen und wir bleiben über.“

WORTE ALLEIN REICHEN NICHT

Reaktionen auf die Resolution gibt es inzwischen viele. „Kurz gesagt, Politiker*innen der Opposition unterstützen uns und haben sich vollinhaltlich hinter uns gestellt. Politiker*innen an der Macht schieben die Verantwortung an den Bund weiter und der Bund schiebt sie wieder auf das Land. Wir brauchen aber eine Politik, die jetzt sofort Verantwortung übernimmt. Daher werden wir auch nicht kleinbegeben und weitermachen, bis sich endlich eine verantwortliche Politik zeigt, die konkrete, schnell wirkende Schritte setzt. Worte allein reichen nicht!“ ■ DSH



GPA: Fordern rasches Handeln und ein Ende des Verantwortungs-Hickhacks: v.l.n.r.: Doris Wietter-Benmoussa (BRV Volkshilfe NÖ/Service Mensch GmbH), Gabriele Heider (GPA), Irene Eberl (BRV Caritas St. Pölten - Menschen mit Behinderungen), Christian Hörhan (BRV Lebenshilfe NÖ), Walter Waiss (BRV Behindertenhilfe Bezirk Korneuburg), Stefan Taibl (BRV PSZ - Psychosoziale Zentren gGmbH), Astrid Eder (BRV NÖ Hilfswerk), Annemarie Veigel (BRV Caritas Diözese St. Pölten).

INFORMATION



Die Resolution
zum Nachlesen

NEUER GBR-BERUF IM REGISTER AUFGENOMMEN

Das Gesundheitsberuferegister (GBR) ist mit den Operationstechnischen Assistent*innen (OTA) bald um einen weiteren registrierten Beruf reicher.

Obwohl der neue Gesundheitsberuf in Österreich erst vor Kurzem neu geschaffen wurde, schienen im Kalenderjahr 2020 bereits 23 Personen mit der partiellen Anerkennung „Operationstechnische Assistenz (Pflege im Operationsbereich)“ im GBR auf. Diese Personen haben ihre Ausbildung in Deutschland oder der Schweiz absolviert und anschließend in Österreich anerkennen lassen. Interessent*innen an einer OTA-Ausbildung in Österreich müssen sich noch ein wenig in Geduld üben: Die ersten Diplom-Ausbildungen starten im Herbst 2022 an Gesundheits- und Krankenpflegeschulen und Schulen

für Medizinische Assistenzberufe. Zugangsvoraussetzungen zur Ausbildung sind die Vollendung des 17. Lebensjahres, gesundheitliche Eignung, Vertrauenswürdigkeit und ausreichende Kenntnisse zur deutschen Sprache. Personen, die zur Ausübung des Medizinischen Assistenzberufs „Operationsassistent“ berechtigt sind, können bereits im 2. Ausbildungsjahr einsteigen. Anders als Diplomierte Gesundheits- und Krankenpfleger*innen, die mit der Sonderausbildung „Pflege im Operationsbereich“ ebenfalls in diesem Bereich tätig sind, können Operationstechnische Assistent*innen ihren Beruf nur in

INFORMATION:
W noe.arbeiterkammer.at/gbr
T 057171-20144
**Details zur
Eintragung in
den GBR**

einem Dienstverhältnis ausüben. Die zuständige Registrierungsbehörde für die Eintragung im GBR ist daher die Bundesarbeitskammer. Der Antrag auf Eintragung ins Register kann ab 1.7.2022 bei jeder AK-Bezirksstelle eingebracht werden. ■ AH



Foto: Anja Rthacek

ALLES WAS RECHT IST! Der Berufsrechts-Tipp von AK-Berufsrechtsexpertin Mag. Alexandra Obermeier-Gangl

Neuer Gesundheitsberuf: Operations- technische Assistenz (OTA)

Mit der OTA wurde ein weiterer Beruf im OP-Bereich geschaffen und in einem eigenen Abschnitt als neuer Gesundheitsberuf im Medizinischen Assistenzberufe-Gesetz verankert. Die Bestimmungen finden sich in den §§ 26a ff. Die Ausbildung dauert drei Jahre und umfasst 4.600 Stunden, davon 1.600 Stunden theoretische und 3.000 Stunden praktische Ausbildung. Das Berufsbild

und der Tätigkeitsbereich der OTA entsprechen jenem der aktualisierten Spezialisierung OP-Pflege des gehobenen Dienstes für Gesundheits- und Krankenpflege. Aufgabe ist die eigenverantwortliche perioperative Versorgung und Betreuung der Patient*innen sowie die Arztassistentz bei operativen Eingriffen nach ärztlicher Anordnung. Ferner umfasst der Beruf die Kompetenz in Notfällen. Die OTA kann auch in der Notfallambulanz und dem Schockraum, in der Endoskopie sowie in der Aufbereitungseinheit für Medizinprodukte eingesetzt werden. Die Berufsausübung darf nur im Dienstverhältnis zum Träger einer Krankenanstalt oder einer freiberuflichen Ärztin/eines freiberuflichen Arztes, einer ärztlichen Gruppenpraxis oder einer Primärversorgungseinheit erfolgen.

Um eine Durchlässigkeit zur Operationsassistentz zu schaffen, wurden eigene Regelungen im Gesetz eingebaut. Andere Gesetze wurden an den neuen Beruf angepasst. Im Gesundheits- und Krankenpflegegesetz wurde die Spezialisierung Pflege im Gesundheitsbereich entsprechend des OTA-Berufsbildes aktualisiert. Ferner wurde die OTA im Gesundheitsregister-Gesetz aufgenommen und es gilt die Registrierungspflicht. Auch im Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz und im Krankenanstaltenarbeitszeit-Gesetz ist der Beruf OTA berücksichtigt worden. Abschließend wurde das Berufsreifeprüfungsgesetz geändert und Absolvent*innen der OTA-Ausbildung haben auch Zugang zur Berufsreifeprüfung. Die Änderungen treten mit 1.7.2022 in Kraft.



Das Forschungsteam v.l.n.r.: Projektleiter Prof. (FH) Dr. Manfred Pferzinger; Mag. Adelheid Schönthaler, BSc; Dr. Alexander Braun, MSc, MA, Carina Herndler, BA und Priv.-Doz. Mag. Dr. Markus Latzke.

NACHHALTIGE ARBEITS- UND LEBENSWELTEN

AK Niederösterreich fördert Projekt der IMC FH Krems zu nachhaltigen Karrieren in der Langzeitpflege

Die Langzeitpflege steht vor Herausforderungen, die sich durch die COVID-19 Krise noch weiter verschärft haben. Der demografische Wandel, der international zu beobachtende Fachkräftemangel und die Zusatzbelastungen durch COVID-19 sind nur ein paar Schlagworte hierzu. All dies führt laut einem aktuellen Bericht des Sozialministerium dazu, dass ca. 16% der Beschäftigten in der Langzeitpflege ernsthaft über einen Ausstieg aus dem Beruf nachdenken. Ein Forschungsteam der IMC Fachhochschule Krems arbeitet – gemeinsam mit Pflegekräften in

der Langzeitpflege – an der Gestaltung nachhaltiger Arbeits- und Lebenswelten. Das aktuell laufende Forschungsprojekt „LINK - Langzeitpflege: Implikationen für nachhaltige Karrieren“, unter der Leitung von Prof. (FH) Dr. Manfred Pferzinger wird durch den Projektfonds 4.0 der AK Niederösterreich gefördert. Von Jänner bis März 2022 wurden 25 Personen aus der Pflege, aber auch bereits ausgeschiedene Pflegekräfte interviewt und deren Sicht, die Bedürfnisse und die aktuelle Situation in der Langzeitpflege erfasst, um daraus relevante Handlungsfelder zu identifizieren. Die ersten Ergebnisse zeigen hierbei, dass die Stabilität bei der Dienstplanung, steigende Ansprüche an Pflegekräfte und das vermittelte Bild der Langzeitpflege

in der theoretischen und praktischen Ausbildung als Handlungsfelder genannt werden können. Des Weiteren wird thematisiert, was aus den Erfahrungen in der Pandemie gelernt werden kann. Bis zum Sommer werden mehrere halbtägige Workshops angeboten, bei denen Pflegekräfte die Möglichkeit erhalten, aktiv an Lösungsansätzen mitzuarbeiten. Wenn Sie daran teilnehmen möchten, wenden Sie sich bitte unter office.igmt@fh-krems.ac.at direkt an das Projektteam. ■ DSH

INFORMATIONEN



Projektbeschreibung zum Nachlesen

WIR BRAUCHEN MEILENSTIEFEL!

Für die AK Niederösterreich stellt das im Februar von Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner und Landesrätin Christiane Teschl-Hofmeister präsentierte „blau-gelbe Pflegepaket“ nur einen kleinen Schritt in die richtige Richtung dar. „Wir brauchen in der jetzigen Situation aber Meilenstiefel und unterstützen daher die Forderungen der Bürgerinitiative „Achtung Gesundheit! Es ist 5 nach 12“, so AK Niederösterreich-Vizepräsidentin Gerda Schilcher. „Wir fordern, unter besonderer Berücksichtigung der Situation in Niederösterreich, umgehend mehr finanzielle Mittel für das Gesundheitswesen und den Ausbau der Langzeitpflege, um die dringendst notwendigen Reformen, unter Einbeziehung der relevanten Stakeholder, rasch umsetzen zu können. Zudem bedarf es der umge-

henden Besetzung vakanter Stellen im Gesundheits- und Langzeitpflegebereich und einer zusätzlichen Aufstockung des Personals sowie



Foto: Dürr

„Mit kleinen Schritten ist es nicht getan!“

Gerda Schilcher, AK Niederösterreich-Vizepräsidentin

der Etablierung einer bundesweiten evidenzbasierten Personalbedarfsberechnung und verbindlicher Kriterien für die Personaleinsatzplanung als Sofortmaßnahme.“ Eine Erhöhung der Ausbildungsplätze ist laut Gerda Schilcher zwar zu begrüßen, ob diese Plätze auch besetzt werden können, wird die Zukunft zeigen.

„Die Übernahme der Studiengebühren bzw. des Schulgeldes als Anreiz allein wird wohl nicht den diesbezüglich erwarteten Motivations Schub bringen. Wir setzen uns daher für eine existenzsichernde finanzielle Entschädigung aller Auszubildenden sowie Quereinsteiger*innen in den Pflegeberufen durch Bezahlung eines Entgeltes, angelehnt an jenes von Polizeischüler*innen, in der Höhe von 1.700 Euro ein.“ Weiters fordert die AK Niederösterreich die Anstellung der Schüler*innen und FH-Student*innen in einer neu zu schaffenden Ausbildungs GmbH im Zuge der Neuordnung der Landeskliniken und Pflegezentren durch die LGA oder einer inhaltlich vergleichbaren Alternative, zur Sicherstellung des Erwerbes von Versicherungszeiten und des AN-Schutzes inkl. des Impfschutzes. ■ DSH



Foto: Landeskrankenhaus Baden-Mödling

IM GESPRÄCH

THOMAS MÖRTH, BScN, akadem. HCM

„Wünschenswert wäre, dass eine einheitliche, klar transparente, durchgängige Pflegeausbildung in ganz Österreich möglich ist.“

Die Weiterentwicklung der beruflichen Bildung in der Gesundheits- und Krankenpflege stellt einen zentralen Punkt dar, um ein hohes Bildungsniveau aller Angehörigen der Pflegeberufe zu sichern. AM PULS sprach daher mit Thomas Mörth, dem Neo-Vorsitzenden der ÖGKV Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) der Direktor*innen an Schulen für Gesundheits- und Krankenpflege (BAS), über seine Vorhaben in diesem Bereich.

AM PULS: Wo sehen Sie derzeit die größten Herausforderungen für die Zukunft der Pflege?

THOMAS MÖRTH: Da gibt es viele. Der demographische und soziale Wandel, die Zunahme des Anteils alter und sehr alter Menschen. Die zunehmende Aufspaltung in stationärer und ambulanter (extramuraler) Versorgung. Die abnehmende soziale Verankerung in informellen Netzwerken. Wertewandel und die Veränderung sozialer Milieus. Der ökonomische Aspekt bei den Leistungsträgern und natürlich die rasche Entwicklung in Pflegewissenschaft, Medizintechnologie und Gentechnologie, um nur einige Aspekte zu nennen. Diese Auflistung könnte noch um einiges erweitert werden. In Bezug auf Ausbildungen liegt sicher die größte Herausforderung, ausreichend qualifizierte Personen für diesen Beruf zu begeistern und zu gewinnen, um den zukünftigen Herausforderungen gewachsen sein zu können.

AM PULS: Hat man nicht die Zeichen der Zeit puncto adäquater Reformen ein wenig verschlafen?

THOMAS MÖRTH: Das möchte ich mir nicht anmaßen und es ist schwierig, in wenigen Sätzen dies zu beurteilen. „Pflege“ ist ein sehr komplexes Thema, welches in einem

noch komplexeren Bereich der Gesundheitsversorgung in Österreich eingebettet ist. Viele Aufgaben und Kompetenzen sind zwischen Bund und Ländern aufgeteilt. Wünschenswert wäre im Zusammenhang der Ausbildungen, dass eine einheitliche, klar transparente, durchgängige Pflegeausbildung in ganz Österreich möglich ist. Die Rahmenbedingungen und die Ausbildungslandschaft sollte in ganz Österreich gleich geregelt sein und die Expert*innen bei Entscheidungen miteinbezogen werden, so dass sich alle gut orientieren können und wir gemeinsam praktikable Lösungen finden, um viele motivierte Personen für die Ausbildungen in der Pflege gewinnen zu können.

AM PULS: Wie möchten Sie die Weiterentwicklung des Pflegeberufes in Ihrer Funktion als Bundesvorsitzender der Schuldirektor*innen der Gesundheits- und Krankenpflegeschoolen vorantreiben?

THOMAS MÖRTH: Das Pflegeverständnis und das berufliche Selbstverständnis haben sich nachhaltig verändert. Im Mittelpunkt der Pflege steht der pflegebedürftige Mensch mit seinem subjektiven Erleben. Es gibt so viele schöne Facetten in diesem Beruf und ich würde sagen, ein Pflegeberuf ist nicht nur ein Beruf, sondern auch eine Berufung. Ich möchte die positiven Aspekte in der

Pflege hervorheben. Wenn ich mir die letzten Jahre ansehe, dann wird vorwiegend negativ über diesen Beruf berichtet. Das Image des Pflegeberufes, welches mit viel Verantwortung und Kompetenzen verbunden ist, muss definitiv verbessert werden. Nicht jeder kann pflegen. Dafür reicht nicht nur eine Danksagung bzw. eine Bewunderung der Übernahme von pflegerischen Tätigkeiten. Ich finde der Stellenwert und die einhergehenden Maßnahmen die zur Verbesserung des Berufsbildes beitragen, müssen in den Mittelpunkt gerückt werden. ■ *Interview: DSH*

THOMAS MÖRTH

ist seit 2018 Schuldirektor in der GuKPS Baden und wurde Ende des letzten Jahres zum Vorsitzenden der „Bundesarbeitsgemeinschaft der Direktorinnen und Direktoren an Schulen für Gesundheits- und Krankenpflege im Österreichischen Gesundheits- und Krankenverband“ (ÖGKV) gewählt.



NACHLESEN:

Näheres über Bundesarbeitsgemeinschaft der Direktoren*innen an Schulen für Gesundheits- und Krankenpflege (BAS): <https://www.oegkv.at/fileadmin/templates/fachargen.html>



HERZLICHE GRATULATION!

Ihr Markus Wieser, AK Niederösterreich-Präsident



CARITAS: NEUE EINSATZLEITERIN IN DER MOBILEN PFLEGE

DGKP Alexandra Berende (2.v.r.) ist die neue Einsatzleitung der Caritas-Sozialstation Neulengbach. Sie folgt damit der bisherigen Einsatzleiterin DGKP Sylvia Reiss (3.v.r.), die nach elf Jahren Engagement bei der Caritas St. Pölten im Laufe des Jahres ihre wohlverdiente Pension antreten wird. Alexandra Berende wird gleichzeitig durch Pflegefachassistent Josef Stickelberger (r.) als neuem Einsatzleitungs-Stellvertreter unterstützt.



PBZ ZISTERSDORF: NEUER DIREKTOR

Mit 1. 10. 2021 übernahm Christoph Schneider, MA (r. neben Mag. Katja Sacher, BSs Geschäftsführerin der Gesundheitsregion Weinviertel GmbH) von Direktor Ludwig Schweng, der in den Ruhestand ging, die Leitung des PBZ Zistersdorf und damit die Verantwortung für 126 Bewohner*innen sowie rund 110 Mitarbeiter*innen. Er hatte schon seit 2017 die Bereichsleitung Wirtschaft & Support sowie die Direktors-Stellvertretung im PBZ inne.



LK HOLLABRUNN: GEMEINSAME ABSCHLUSSFEIER

Neun Absolventinnen und Absolventen der Schule für allgemeine Gesundheits- und Krankenpflege nahmen im Herbst 2021 ihre Zeugnisse im Festsaal entgegen. Zwei Jahre dauerte die Ausbildung in der Pflegefachassistentenz. Drei Personen schlossen ihre Ausbildung mit gutem Erfolg sowie drei mit ausgezeichnetem Erfolg ab. Drei weitere Personen absolvierten die dreijährige Ausbildung im gehobenen Dienst der Gesundheits- und Krankenpflege.



LK HOLLABRUNN: AUSGEZEIGNETER ERFOLG

Michael Friedl, Mitarbeiter im OP-Bereich des LK Hollabrunn, absolvierte von 10. Mai 2021 bis Ende 2021 die Ausbildung zur OP-Assistenz in der Schule für allgemeine Gesundheits- und Krankenpflege Horn. Den Abschluss dieser fachspezifischen Ausbildung bildete eine Präsentation, bei der Michael Friedl über eine offene Sigmaresektion (operative Entfernung des Darmabschnittes) sprach. OP-Assistent Friedl (im Bild mit Pflegedirektorin DGKP Silvia Hickelsberger, MSc, MBA) schloss die Ausbildung mit ausgezeichnetem Erfolg ab.



LK Waidhofen/Thaya: NEUE BEREICHSLEITUNG PFLEGE

Im Mai 2021 übernahm DGKP Doris Fidl (mit Pflegedirektor DGKP Robert Eberl) die interimistische Bereichsleitung Pflege und wurde mit Oktober zur Leiterin bestellt. Damit trägt sie für den gesamten Pflegebereich Verantwortung und ist Stellvertreterin des Pflegedirektors.



UK ST. PÖLTEN: AUSBILDUNGEN GESCHAFFT

Im Oktober 2021 haben 16 Absolventinnen der Weiterbildung „Pfleger bei Demenz im Akutbereich“ der Schule für allgemeine Gesundheits- und Krankenpflege ihre Abschlusszeugnisse im Vortragssaal des UK St. Pölten entgegengenommen. Einen Monat später bekamen acht Absolvent*innen der Ausbildung zur Medizinischen Fachassistenz und ein Absolvent der Ausbildung zum Röntgenassistenten ihre Diplome überreicht.



**LK MISTELBACH:
NEUE BEREICHSLEITUNG FÜR DIE
OPERATIVE BETTENSTATIONEN**

Seit November 2021 hatte DGKP Gisela Reiskopf, die seit Juni 2000 am LK Mistelbach-Gänserndorf tätig ist, die interimistische Funktion der Bereichsleitung für die operative Bettenstationen inne. Mit 1. März übernahm sie die Bereichsleitung und wurde zusätzlich zweite Stellvertreterin des Pflegedirektors. Derzeit absolviert Gisela Reiskopf (vorne neben Pflegedirektor PhDr. Christian Pleil, MSc MLS MBA) den Lehrgang „Pre-Camp Gesundheitswissenschaft“ an der Donau Universität Krems und startete im März mit dem Masterstudium „Pflegemanagement“.

**LK WIENER NEUSTADT:
GELERNT – GEPRÜFT – GESCHAFFT**

An die 40 Absolventinnen und Absolventen der Lehrgänge Pflegeassistentenz und Pflegefachassistentenz haben im vergangenen Herbst die „3G´s“ -gelernt – geprüft – geschafft - erfolgreich gemeistert. Aufgrund der damaligen Corona-Situation hat man im Sparkassensaal bei der Überreichung der Diplome auf eine sichere Durchführung geachtet. Damit die Absolvent*innen diesen stolzen Moment auch mit ihren Familien und Freunden noch einmal erleben könnten, wurde die Abschlussfeier mitgefilmt und alle haben zur Erinnerung ein Video erhalten.



AUSGEWÄHLTE TIPPS

REFRESHER -

FORTBILDUNGEN DER AK NIEDERÖSTERREICH

Das Refresher-Fortbildungsprogramm für Gesundheits- und Sozialbetreuungsberufe der AK Niederösterreich ist speziell für Wiedereinsteiger*innen, die nach längerer Zeit in den Beruf zurückkehren wollen, zugeschnitten. Termine zu den Webinaren/Seminaren werden laufend auf unserer Homepage

noe.arbeiterkammer.at/refresher ergänzt.



Bei Fragen stehen wir gerne zur Verfügung:
E fortbildung@aknoe.at

TRANSKULTUERELLE PFLEGE – TEIL 1*

3-TÄGIGES AUFBAUSEMINAR

29. September 2022, 9 bis 17.30 Uhr
30. September 2022, 9 bis 17.30 Uhr
01. Oktober 2022, 9 bis 13 Uhr

ORT: Parkhotel Hirschwang

TRANSKULTUERELLE PFLEGE – TEIL 2*

3-TÄGIGES AUFBAUSEMINAR

27. Oktober 2022, 9 bis 17.30 Uhr
28. Oktober 2022, 9 bis 17.30 Uhr
29. Oktober 2022, 9 bis 13 Uhr

ORT: Parkhotel Hirschwang

HEBEN UND TRAGEN IN DER PFLEGE

30. September 2022, 17 bis 19 Uhr
01. Oktober 2022, 9 bis 12 Uhr u. 13 bis 15 Uhr

ORT: Parkhotel Hirschwang

SELBSTSICHER UND ACHTSAM VERÄNDERUNGEN MEISTERN

07. Oktober 2022, 17 bis 19 Uhr
08. Oktober 2022, 9 bis 15 Uhr

ORT: Parkhotel Hirschwang

*Zum Erwerb der vollen Fortbildungsstunden ist die Teilnahme an beiden Kursen verpflichtend.

GEWALT UND DEESKALATION

11. November 2022, 13 bis 17 Uhr
12. November 2022, 13 bis 17 Uhr

ORT: AKNÖ Bezirksstelle Mödling

RESILIENZ – STÄRKE DEINE WIDERSTANDKRAFT

14. November 2022, 9 bis 17 Uhr
15. November 2022, 9 bis 17 Uhr

ORT: Parkhotel Hirschwang

Beachten Sie bitte unsere Teilnahmebedingungen vor allem hinsichtlich Absagen durch Teilnehmer*innen.

SEMINAR- ANMELDUNGEN

sind ausschließlich über Onlineformular möglich:

E noe.arbeiterkammer.at/refresher

ALLE KURSE,
ÜBERNACHTUNG
& VOLLPENSION
sind für AK Niederösterreich
Mitglieder

KOSTEN-
LOS!

PARKHOTEL HIRSCHWANG

Trautenbergstr. 1, 2651 Hirschwang an der Rax



AM PULS - online:

Die neueste Ausgabe der AM PULS auf noe.arbeiterkammer.at/ampuls herunterladen, oder als **Flipbook online durchzublättern!**



PEFC Zeichen

IMPRESSUM: AM PULS, Zeitschrift für Gesundheits- und Sozialbetreuungsberufe. Eigentümer, Herausgeber und Verleger: Kammer für Arbeiter und Angestellte für Niederösterreich, 3100 St. Pölten, AK-Platz 1, Verlagsort: 3100 St. Pölten.

REDAKTION: **Chefredaktion:** Doris Schleifer-Höderl, E doris.schleifer@inode.at, T 0676/413 00 62; **Redaktionskoordination:** Aleksandra Schmölz, MA, E aleksandra.schmoelz@aknoe.at; **Leitung Gesundheitspolitik:** Dr. Bernhard Rupp, MBA, E bernhard.rupp@aknoe.at; **Arbeitsrecht:** Dr. Gerald Alfons, E gerald.alfons@aknoe.at; **Berufsrecht & Registrierung:** Mag. Angelika Hais, T 057171-21256; **Berufsrecht & Seminare:** Mag. Alexandra Obermeier-Gangl, E alexandra.obermeier-gangl@aknoe.at; **Lektorat:** Judith Litschauer MSc MA, E judith.litschauer@aknoe.at

DESIGN UND LAYOUT: Bernadette Rafetseder. **Fotocredits:** Cover: Florian Stix

DRUCK: Riedel Druck, 2214 Auersthal. Auflage: 41.000. Offenlegung gem. § 25 Mediengesetz: siehe <http://noe.arbeiterkammer.at/impressum.htm>

Herrn/Frau/Firma

Österreichische Post AG, MZ 02Z034649 M, AK Niederösterreich, AK-Platz 1, 3100 St. Pölten